

WIDER die nächste Wahl ENT- TÄUSCHUNG!



Bündnis für
Menschenwürde
und Arbeit

Rote Karte

**Das Bündnis für  Menschenwürde und Arbeit versteht
den § 1 des Deutschen Grundgesetzes als Arbeitsauftrag:
Die Würde des Menschen ist unantastbar!**

www.buendnis-fuer-menschenwuerde-und-arbeit.de
bma@stiftung-volksverein.de

In diesem Sinne setzen wir uns dafür ein, dass jeder Mensch ein würdevolles Leben führen kann. Wir ergreifen aktiv Partei für benachteiligte und ausgegrenzte Menschen, für eine gerechte Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Reichtum, den sie mit ihrer Arbeit schaffen – und der ihnen immer mehr vorenthalten wird. Seit siebzig Jahren wachsen Verarmung und Verelendung – Ergebnis der Sozialpolitik der etablierten Parteien.

Erschütternde Armut:

In Deutschland ...

sind 14,2 Millionen Menschen von Armut bedroht, leben Hunderttausende RentnerInnen in Altersarmut, leiden 4 Millionen Kinder unter materieller, Bildungs-, Gesundheits-, kultureller Armut und der aus ihr resultierenden lebenslangen Perspektivlosigkeit, steigt die Zahl der wohnungslosen Menschen von Jahr zu Jahr, können die „Tafeln“ – ohnehin ein Desaster für einen „Sozialstaat“ – den Ansturm der Bedürftigen nicht mehr bewältigen, arbeiten Millionen Menschen im Niedriglohnsektor und müssen ergänzend Unterstützung beziehen, werden Hunderttausende in der Landwirtschaft, im Bau- und Gastgewerbe, in der Logistik exzessiv ausgebeutet, finden Millionen Menschen keine bezahlbaren intakten Wohnungen mehr, werden viele Migranten und Asylsuchende hierzulande entwürdigt oder sie sterben in der nordafrikanischen Wüste an Hunger- und Durst – mithilfe massiver deutscher Unterstützung.

Diese prekären Lebensverhältnisse führen zu schweren, überwiegend chronischen Erkrankungen und kürzerer Lebenserwartung, zu sozialen Konflikten schon im Kindes- und Jugendalter und Gewalt in Familien: Würdelose Leben, jedes ein Opfer von Verfassungsbruch!

Obszöner Reichtum:

In Deutschland ...

stehen Armut und Elend von Vielen in einem skandalösen Kontrast zum Super-Reichtum von Wenigen. Die reichsten 3000 Menschen verfügen über 20% des gesamtgesellschaftlichen Finanzvermögens, die 200 Superreichen besitzen jeweils viele Milliarden, die ärmere Hälfte der Bevölkerung besitzt gerade einmal 1% des Gesamtvermögens. Und während die armen Menschen ärmer werden, werden die Reichen immer reicher:

Anfang der 1990er Jahre besaßen die reichsten 10% 50mal mehr als die ärmere Hälfte; heute sind es 100mal mehr.

Der Reichtum, den arbeitende Menschen schaffen, wird durch die Politik der Akteure in Parteien und Regierungen in die Kassen der Reichen gespült, unter Missachtung des Verfassungsauftrags im § 14, Ab. 2, der das Eigentum auf das Gemeinwohl verpflichtet: Mehr als 150 Millionen Euro im Jahr setzen Wirtschaftsverbände und Firmen ein, um Einfluss auf politische Entscheidungen und Gesetze zu nehmen und Einbußen etwa durch höhere Vermögens-, Einkommens- und Erbschaftssteuern, aber auch durch Umweltauflagen oder das Lieferkettengesetz zu verhindern.

Wiederkehrende Wählertäuschung

In Deutschland ...

versprechen die KandidatInnen vor der Wahl soziale Gerechtigkeit, stabile Renten, Reallohnzuwächse, Bildungschancen für alle und dergleichen Wohltaten für benachteiligte Menschen. Doch kaum sitzen sie im Plenarsaal, haben sie es vergessen nach dem Motto „was schert mich mein Geschwätz von gestern“. Steigende Diäten und Abgeordnetenpensionen, immer neue Steuerentlastungen für die ohnehin Begüterten und für Konzerne sind immer finanzierbar. Für eine gerechte Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum, für auskömmliche Renten, für die Förderung jedes Kindes in eine gute Zukunft bleibt nur ein immer weiter sinkender Rest!



Arbeit und Soziales

- ✗ einen Mindestlohn, der den materiellen, sozialen und kulturellen Bedarf abdeckt,
- ✗ Einschränkung/arbeitsrechtliche Sicherung prekärer Arbeitsbereiche (Leiharbeit, Werksverträge),
- ✗ ein Bürgergeld, das existenzsichernd ist und Teilhabe an Kultur, Bildung usw. ermöglicht,
- ✗ Abschaffung aller Sanktionsmaßnahmen gegen BürgergeldempfängerInnen,
- ✗ die Beendigung einer menschenunwürdigen Asyl- und Flüchtlingspolitik.



Renten, Gesundheit, Lebensqualität

- ✗ ein von allen Einkommensarten zu gleichen Teilen und von Arbeitgebern getragenes Rentensystem,
- ✗ eine Einheitskrankenversicherung für alle Berufs- und Einkommensgruppen,
- ✗ die Abschaffung der Privatisierung und der Profitsysteme im Gesundheitsbereich,
- ✗ Staatliche Kontrolle der Pharmaindustrie,
- ✗ eine Schulreform zur Beendigung der Zementierung sozialer Unterschiede im Bildungssystem,
- ✗ massive Aufstockung der materiellen und personellen Ausstattung von Schulen,
- ✗ Ausbau des Bahnverkehrs für Personen und Güter und Priorisierung des ÖPNV
- ✗ ein bezahlbares Deutschlandticket für maximal 20 €.

Was tun? Unsere Wahlprüfsteine!

Wir fordern, dass sich die Abgeordneten des künftigen Bundestages und die Regierungsmitglieder der Menschenwürde und dem Gemeinwohl mehr verpflichtet als den Reichtumslobbyisten.

Die unverzichtbaren Forderungen haben wir zu Wahlprüfsteinen gebündelt, mit deren Hilfe Worte und Taten von Parteien und KandidatInnen abgeklopft werden können.

Wenn ihr den Parteien, die seit Jahrzehnten für die asoziale Politik verantwortlich sind, am 23. Februar wieder eure Stimmen gebt, schreibt ihr die untragbaren herrschenden Zustände fort.

Oder ihr zeigt ihnen an diesem Tag die „rote Karte“ als Quittung für die Missachtung, mit der sie eure verfassungsmäßig verbrieften Rechte und eure Wünsche nach einem menschenwürdigen Leben behandeln. Der Wahlzettel enthält viele Alternativen, die sich entschlossen für eine soziale, friedliche, asyl- und migrantenfreundliche Politik stark machen.

Aber: Den Rechten von der AfD ist die Würde prekär lebender Menschen keinen Cent wert. Und für Hilfesuchende, die vor Gewalt und Hunger flüchten, kennen sie nur Drangsal und Remigration.



Wohnen

- ✗ eine Mietpreisbremse, die garantiert, dass Menschen mit geringen Einkommen höchstens 20% davon für Wohnen ausgeben müssen,
- ✗ eine milliardenschwere Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus zu Lasten von Eigenheimzulagen und anderen Subventionen für Wohlhabende,
- ✗ die Rückführung profitorientierter Wohnungsbaukonzerne in Gemeineigentum.



Steuern/Finanzen

- ✗ einschneidende Maßnahmen gegen alle Formen der Steuerflucht und des Steuerbetrugs,
- ✗ die Wiedereinführung einer progressiven Vermögenssteuer bis zu 90% für alle Vermögensformen,
- ✗ Überführung großer Erbschaften in Gemeineigentum bzw. eine Erbschaftssteuer bis zu 100%,
- ✗ Eine progressive Steuer für Einkommen jeder Art bis zu einer Höhe von 90%,
- ✗ eine Transaktionssteuer, die weit über den EU-Vorgaben liegt.